



Widerstand gegen das europäische Grenzregime

Jahresbericht 2023
borderline-europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

borderline-europe

Inhalt

Vorwort	5
Über uns	9
Selbstverständnis	8
Wer wir sind und was wir tun	10
Das Jahr 2023.	11
Kampf gegen Kriminalisierung von Flucht und Fluchthilfe	12
Italien und das zentrale Mittelmeer	21
Externalisierung der EU-Außengrenzen	26
La Nomade House Project	28
Griechenland, Lesbos und die Ägäis	29
Initiativen: Stop Deportation Centre BER!	33
Filmscreening: "The Game"	34
Spenden und Mitmachen	35
Liste unserer Partner*innen und Netzwerke	37
Impressum und Kontakt	39

Vorwort

Trotz vereinzelt guter Nachrichten, wie der Entkriminalisierung von Fluchthilfe in Niger im November - das Transportieren von Migrant*innen durch Nigers Wüste ist in Zukunft nicht mehr strafbar - und der Abwahl der rechtspopulistischen PiS-Regierung in Polen im Oktober, war 2023 ein schlechtes Jahr für die Menschenrechte. Kriege, Konflikte, wirtschaftliche Notlagen und klimabedingte Veränderungen haben viele Menschen dazu gezwungen, ihre Heimatländer zu verlassen. Gleichzeitig können wir eine fortschreitende Externalisierung der EU-Außengrenzen beobachten. Politisch scheint in der EU alles dafür getan zu werden, die Festung Europa zu stärken. Damit sollen möglichst viele Menschen davon abgehalten werden, Schutz in der EU zu suchen.

Am deutlichsten wird diese Entwicklung wohl in der anvisierten **Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)**. Im Dezember einigten sich das EU-Parlament und der Rat auf schwerwiegende Reformen, die die weitestgehende Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl bedeuten werden. Vorgesehen sind **Grenz- und Schnellverfahren** an den EU-Außengrenzen. In der Praxis bedeutet das die pauschale Inhaftierung von Asylsuchenden aus Ländern mit geringen Anerkennungsquoten. Bei einem abgelehnten Asylantrag sollen diese Menschen anschließend umgehend in Abschiebehaft genommen werden. Vielen Menschen wird also jeglicher Zugang zum europäischen Territorium verwehrt. Gleichzeitig sollen mehr Länder zu sogenannten **„sicheren Drittstaaten“** erklärt werden, was mehr Personen den Zugang zu Asyl erschweren wird, da Asylanträge von Menschen aus diesen Staaten meist ohne weitere Prüfung abgelehnt werden. Die sogenannte **Instrumentalisierungsverordnung** gibt außerdem EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit, weitreichende Einschränkungen der Rechte von Asylsuchenden vorzunehmen, wenn sie der Ansicht sind, dass Drittstaaten Migrant*innen gegen ihren eigenen Staat instrumentalisieren würden. Die aktuellen Entwicklungen stellen eine akute Bedrohung für die grundlegenden Menschenrechte Geflüchteter dar.

Die Mitarbeitenden in unserer Außenstelle in Palermo konnten beobachten, dass einige der auf EU-Ebene angestrebten Reformen bereits in Italien umgesetzt wurden.





So wurde etwa bereits in Pozzallo, Sizilien, eine **Einrichtung für die Durchführung von Grenzverfahren** eröffnet. Asylsuchende aus „sicheren Herkunftsländern“ mussten dort entweder ihr beschleunigtes Asylverfahren in Haft durchlaufen oder sich mit einer Kautions von ca. 5.000 Euro aus der Haft freikaufen. Die Inhaftierung wurde vom obersten Gerichtshof in Italien als rechtmäßig bestätigt. Ein Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs über die Rechtmäßigkeit der Kautionszahlung steht noch aus.

Die nun mehr als ein Jahr andauernde Amtszeit der post-faschistischen Regierung unter Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zeigt ihre Auswirkungen, insbesondere in der Migrationspolitik. Eine politische Priorität ist die **Externalisierung der EU-Außengrenzen**. Menschen sollen also bereits in Drittstaaten vor den Grenzen Europas daran gehindert werden, nach Europa weiterzureisen. Dafür schließt die italienische Regierung Abkommen mit Drittstaaten wie Tunesien oder Libyen ab, obwohl gut dokumentiert ist, dass diese für schwerste Menschenrechtsverletzungen an Migrant*innen, wie unmenschliche und erniedrigende Behandlung, Folter und Sklaverei verantwortlich sind. Außerdem unterstützt Italien aktiv die als sog. libysche Küstenwache bezeichneten Milizen und die tunesische Küstenwache dabei, Menschen auf dem Mittelmeer abzufangen und nach Tunesien und Libyen zurückzubringen. Solche „**Interceptions**“ sind ein schwerer völkerrechtlicher Verstoß gegen das Verbot, Menschen in Staaten zurückzubringen, in denen ihnen schwere Menschenrechtsverletzungen drohen (Grundsatz des non-refoulement Gebots). Außerdem plant Italien, wie weitere europäische Staaten, Asylverfahren in Drittstaaten auszulagern. Dazu hat die Regierung Ende des Jahres ein **Abkommen mit Albanien** geschlossen. Der Vertrag steht wegen menschen- und EU-rechtlichen Bedenken scharf in der Kritik.

Das Jahr 2023 war außerdem geprägt von zahlreichen (erfolgreichen) Versuchen der Regierung, die **zivile Seenotrettung zu behindern**. Anfang des Jahres wurde ein Gesetz verabschiedet, welches Schiffen der zivilen Flotte vorschreibt, dass sie nach jeder durchgeführten Rettung sofort den ihnen zugewiesenen Hafen ansteuern müssen und ihnen verbietet, anschließend weitere Einsätze durchzuführen. Das hat vor allem deshalb weitreichende Folgen, weil die von Italien zugewiesenen Häfen immer häufiger weit entfernt von den Search and Rescue-Gebieten liegen, oftmals in Norditalien, was mehrtägige Fahrten bedeutet. Handeln Schiffe gegen die Anweisungen und retten mehrere Boote hintereinander, werden sie mit tagelangen Festsetzungen und hohen Geldzahlungen bestraft. Und das Ergebnis dieser Politik? Die Schiffe werden möglichst lange aus dem Operationsgebiet ferngehalten. Mögliche Rettungen werden verhindert und mehr Menschen sterben bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren.

Eine weitere Priorität der italienischen Regierung ist der **Kampf gegen Schmuggler*innen**. Sobald Boote in Italien ankommen, wird von der Polizei systematisch nach denjenigen gesucht, die als Schmuggler*innen beschuldigt werden können.

Das betrifft oft Migrant*innen, die aus Zwang oder Geldnot die Boote nach Italien steuern oder dabei unterstützen, zum Beispiel, indem sie einen Kompass halten oder mit einem Telefon einen Notruf absetzen. Die Befragungen der Polizei werden bereits durchgeführt, bevor die Migrant*innen die Möglichkeit haben, das Boot zu verlassen und nach der tagelangen, potentiell traumatischen Überfahrt medizinisch und psychologisch versorgt zu werden. Gleichzeitig werden durch solche Befragungen gewonnene Aussagen immer wieder als Grundlage für nachfolgende Strafprozesse benutzt und das, obwohl die Befragten zu diesem Zeitpunkt oftmals als noch gar nicht ansprechbar gelten. Nach den neuesten Gesetzen der italienischen Regierung müssen als Schmuggler*innen verurteilte Migrant*innen nun mit Gefängnisstrafen von bis zu 30 Jahren rechnen.

Doch nicht nur unter einer neofaschistischen Regierung in Italien, auch unter einer Koalition von Sozialdemokrat*innen, Grünen und Liberalen **in Deutschland verschiebt sich der migrationspolitische Diskurs in der Politik und Gesellschaft immer weiter nach rechts**. Anteil daran hat die AfD, die trotz ihrer offen ausländerfeindlichen und rassistischen Positionen Zustimmungswerte von bis zu 30 Prozent verzeichnen kann. Aber auch die bürgerlichen Parteien der Mitte vertreten immer mehr ganz offen Anti-Migrationspositionen. Nicht zuletzt stimmte die deutsche Regierung der GEAS-Reform zu. Der politische Fokus lag dabei im Jahr 2023 vor allem auf Abschiebungen, während die Bedingungen für Geflüchtete innerhalb des Landes verschlechtert wurden.

Im Oktober 2023 forderte Bundeskanzler Scholz in einem Interview mit dem SPIEGEL, dass >>> „endlich im großen Stil“ abgeschoben werden müsse. Und bereits zuvor wurde die sogenannte >>> „Abschiebeoffensive“ der Bundesregierung gestartet. Dabei wurden Menschen nachts aus ihrem Bett, aus dem Kirchenasyl, von ihrem Arbeitsplatz oder aus dem Krankenhaus aus abgeschoben. Künftig werden die Rechte von Migrant*innen bei Abschiebungen sogar noch weiter >>> **eingeschränkt**, wie ein Ende 2023 vorgelegter und Anfang 2024 vom Bundestag beschlossener Gesetzesentwurf der Bundesregierung zeigt.

Hinter dem euphemistischen Namen „Rückführungsverbesserungsgesetz“ versteckt sich eine Verlängerung der Haftdauer in Abschiebehaft und im Ausreisegewahrsam. Abschiebungen sollen künftig aus quasi allen Räumlichkeiten möglich sein. Sie müssen zudem nicht mehr angekündigt werden, was eine dauerhafte Angst Betroffener vor einer möglichen Abschiebung zur Folge haben wird.

Zudem sollen mehr Abkommen mit Herkunftsstaaten geschlossen werden, um künftig mehr Abschiebungen durchführen zu können. Derselbe Gesetzesentwurf enthält auch eine >>> **Änderung des Aufenthaltsgesetzes**, mit der künftig eine rechtliche Grundlage dafür existiert, **humanitäre Hilfe an den EU-Außengrenzen zu kriminalisieren**. Zahlreiche Organisationen haben sich gegen diese Änderung ausgesprochen.

Gleichzeitig wurde auf einem >>> **Treffen zwischen Bund und Ländern** im November eine weitgehende **Verschlechterung der Situation von Geflüchteten in Deutschland vereinbart**. Sozialleistungen für Asylsuchende werden gekürzt. Sie erhalten künftig erst nach drei Jahren volle Sozialleistungen. Für Geldzahlungen werden Bezahlkarten eingeführt, was verhindert, dass Menschen selbstbestimmt leben und Geld an ihre Familien im Herkunftsland schicken können.

Die Leidtragenden all dieser Entwicklungen sind, wie immer, die Flüchtenden selbst. Aufgrund fehlender legaler Einreisemöglichkeiten in die EU sind Migrant*innen gezwungen, durch Länder wie Tunesien oder Libyen zu migrieren, wo sie in Foltergefängnissen inhaftiert oder in die Wüste abgeschoben werden, wo sie verdursten. Andere müssen über den Iran oder die Türkei fliehen, wo sie Gewalt, tödliche Pushbacks und Inhaftierungen riskieren. Nach all diesen Erfahrungen sind die Menschen gezwungen, auf seeuntüchtigen Booten über das zentrale Mittelmeer - eine der tödlichsten Fluchtrouten der Welt -, die Ägäis oder den Atlantik zu fahren, wo sie dem Risiko ausgesetzt sind, abgefangen und in ihre Abfahrtsländer zurückgebracht zu werden oder aber zu ertrinken. Einmal in Italien oder anderen Staaten an den EU-Außengrenzen angekommen, finden die Flüchtenden oft noch immer nicht die Sicherheit, die sie gesucht haben. Auf weiteren gefährlichen und illegalisierten Routen müssen sie innereuropäische Grenzen überwinden, bis sie in den Ländern ankommen, in denen sie Schutz suchen wollen. Auch dabei wird immer wieder versucht, sie gewaltsam daran zu hindern.

Bei alledem können wir nicht tatenlos zuschauen. Deshalb haben wir auch 2023 kritisch beobachtet, dokumentiert, informiert und interveniert. Die Ergebnisse unserer Arbeit findet ihr im folgenden Bericht.

Defend Solidarity!

Emma Neuber unter Mitarbeit von Josephine Fahr, borderline-europe Berlin und Palermo, den 07. Februar 2023

Über uns

Selbstverständnis

borderline-europe tritt für das Recht auf
Bewegungsfreiheit für alle Menschen ein.

Während sich europäische Staatsbürger*innen beinahe grenzenlos bewegen können, wird die Freizügigkeit von Menschen aus dem Globalen Süden vehement infrage gestellt.

Dabei sind insbesondere im Globalen Süden immer mehr Menschen darauf angewiesen zu migrieren. Neben Krieg und Verfolgung sind es vor allem die über Jahrhunderte gewachsenen ungerechten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die Menschen dazu veranlassen, ihr Herkunftsland zu verlassen. Dabei handelt es sich um geopolitische und ökonomische Verhältnisse, zu deren Hauptprofiteur*innen die EU und ihre Bürger*innen zählen. Doch die Europäische Union verwehrt diesen Menschen nicht nur legale und damit sichere Einreisewege, sondern setzt darüber hinaus alles daran, ihre Einreise und ihren Aufenthalt zu verhindern. Die Mobilität von Menschen aus dem Globalen Süden wird als Sicherheitsproblem und Bedrohung dargestellt, die kontrolliert und eingedämmt werden muss. Dabei werden Menschenrechtsverletzungen nicht nur gebilligt und Verpflichtungen umgangen; europäische Behörden und Mitgliedsstaaten verletzen grundlegende Rechte ausdrücklich, systematisch und öffentlich. Alle Menschen haben das Recht auf ein würdiges Leben. Das ist nicht verhandelbar. Dazu gehören die freie Wahl des Wohnorts und der Zugang zu politischen und sozialen Rechten.

Wir verstehen unsere Arbeit als zivilen Widerstand gegen die gegenwärtige europäische Migrations- und Grenzpolitik und damit zwingend auch als feministisch, antirassistisch und antikapitalistisch.

Wer wir sind und was wir tun

Ihren Anfang nahm unsere Arbeit 2004, als das Schiff Cap Anamur 37 Menschen aus Seenot rettete und infolgedessen der Kapitän und der Einsatzleiter wegen „Beihilfe zur unerlaubten Einwanderung“ in Italien vor Gericht gestellt wurden. Während des fünfjährigen Prozesses wurde *borderline-europe* von zwei der Angeklagten und weiteren Aktivist*innen ins Leben gerufen. Seit 2007 ist *borderline-europe* ein eingetragener Verein mit Sitz in Berlin und Außenstellen bzw. engen Partner*innen in Lübeck, Palermo (Italien) und Mytilini (Griechenland).

Wir arbeiten größtenteils ehrenamtlich und projektfinanziert. Im vergangenen Jahr wurde das Berliner Büro durch drei, Palermo durch zwei und unsere Partnerorganisation *Welcome Office Lesbos* mit einer bezahlten Stelle unterstützt. In Lübeck ist insbesondere unser Gründungsmitglied Kapitän Stefan Schmidt in unseren Namen aktiv. Bis 2023 war er zudem als Flüchtlingsbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein tätig. Ehrenamtliche Praktikant*innen und zahlreiche Aktivist*innen leisten einen wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag für unsere Arbeit.

Ein stetig wachsendes, europaweites Netzwerk von Menschen recherchiert, dokumentiert und informiert über die Vorgänge an den europäischen Außengrenzen und leistet transnationale Vernetzungsarbeit. Wir erstellen Berichte, Analysen und Informationsmaterial und organisieren öffentliche Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen. Gemeinsam möchten wir so für ein aktives und kritisches politisches Bewusstsein sorgen, welches den Konsequenzen einer rassistischen und tödlichen Grenzpolitik aktiv entgegenwirkt. Darüber hinaus leisten wir konkrete Unterstützungsarbeit und Einzelfallhilfe für diejenigen, die am unmittelbarsten von der europäischen Abschottungspolitik betroffen sind.

Rückblick

Das Jahr 2023

>>>

1. Kampf gegen Kriminalisierung von Flucht und Fluchthilfe

Das Jahr 2023 begann bereits mit einer erschreckenden Welle der Kriminalisierung. Als Reaktion auf das verheerende Schiffsunglück vor der Küste der italienischen Gemeinde Cutro im Februar des Jahres wurde eine Jagd auf die vermeintlichen Verantwortlichen eröffnet. Insgesamt sechs junge Männer wurden beschuldigt, das Schiff gesteuert zu haben und für den Tod von knapp hundert Menschen verantwortlich zu sein. Anschließend kam es zu einer folgenschweren Gesetzesänderung, die eine **Verschärfung der nationalen Rechtslage in Italien zu Lasten der Beschuldigten** vorsah. Die Haftstrafen für als Schmuggler*innen verurteilte Personen wurden erheblich angehoben. Nur wenige Monate später ereignete sich in griechischen Gewässern nahe der Insel Pylos ein weiterer verhängnisvoller Schiffbruch, bei dem fast 600 Menschen ums Leben kamen. Ähnlich wie in Italien war die Politik auch hier schnell auf der Suche nach Sündenböcken, was die unterlassene Hilfeleistung der europäischen Behörden kaschieren sollte. Auch auf EU-Ebene haben sich das Klima und der kriminalisierende Diskurs um vermeintliche Schmuggler*innen mit diesen Ereignissen erneut massiv verschärft.

Die Intensität des Diskurses und die Zentralität des Themas in der europäischen Migrationspolitik werden immer deutlicher. Zuletzt hat auch die **Bundesregierung Gesetzesänderungen (§ 96 Abs. 4 Aufenthaltsgesetz) auf den Weg gebracht**, die jegliche Fluchthilfe in EU-Staaten unter hohe Strafe stellen könnten. Dies bedroht zum einen all diejenigen, die Menschen auf der Flucht einfache Hilfe leisten, zum Beispiel durch Beratung, das Beschaffen von Fahrkarten oder lebensnotwendigen Vorräten, zum anderen aber Geflüchtete selbst. Durch eine Gesetzeslücke sind dadurch außerdem Seenotrettungsorganisationen von direkter Kriminalisierung betroffen, wenn diese Minderjährige aus Seenot retten. Während die mögliche Bestrafung ziviler Seenotrettung zu Recht Empörung hervorruft, bleibt der Aufschrei über die offensichtliche Missachtung von Rechten und das hohe Kriminalisierungsrisiko von Geflüchteten bisher aus. Dem dominanten Diskurs über vermeintlich skrupellose kriminelle Organisationen stehen die realen Geschichten und Schicksale derer gegenüber, die diese Rhetorik mit ihrem Leben bezahlen.



GIBT ES EINEN
UNTERSCHIED
ZWISCHEN
FLUCHTHELFER*IN
UND
SCHMUGGLER*IN?



SAVE THE DATE 25.06.2023
#TAGDESSCHMUGGELS
FIGHT BORDERS, NOT SMUGGLERS!

**GALA
BERLINER
TAG DES
SCHMUGGELS**

FESTLICHE EHRUNG EUROPAS
SCHMUGGLER UND SCHLEUSER

Wann: 25.6.2023, 18:00 Uhr
Wo: Ballhaus Prinzessallee, 13359 Berlin



#TAGDESSCHMUGGELS
FIGHT BORDERS, NOT SMUGGLERS

WER HAT
DAS RECHT
NATIONALGRENZEN
ZU ÜBERQUEREN?



SAVE THE DATE 25.06.2023
#TAGDESSCHMUGGELS
FIGHT BORDERS, NOT SMUGGLERS

Posteraktion in Berlin
zur Kampagne zum "Tag
des Schmuggels"

>>> Der Tag des Schmuggels

In diesem Spannungsfeld ist die von der Bewegungstiftung geförderte Kampagne zum **#TagdesSchmuggels** entstanden. Mit den >>> „Schmugglerportraits“ haben wir Menschen interviewt, die selbst als Schmuggler*innen verhaftet worden oder von Kriminalisierung betroffen sind. So stellten wir beispielsweise den tunesischen Fischer Abdelbasset vor, der mit seinen Kolleg*innen während der Arbeit in internationalen Gewässern auf ein Boot in Seenot stieß, die Menschen rettete und daraufhin in Lampedusa verhaftet wurde:

„Ich spürte, dass es andere Ziele und Dimensionen hatte, die Art, wie sie mich verhafteten und uns unter Druck setzten, obwohl sie wussten, dass wir zu 100 Prozent unschuldig waren, sie wollten eine Botschaft an andere Fischer senden.“

Oder Hamza, der selbst vor politischer Verfolgung flüchtete und in Griechenland verhaftet wurde, ohne zu wissen, was ihm vorgeworfen wurde:

„(...) nach acht Tagen brachten sie uns vor Gericht und ich war schockiert zu erfahren, dass ich des Schmuggels von 80 Menschen für Profit beschuldigt wurde.“

Ziel der Kampagne war es, dem Narrativ der vermeintlich skrupellosen Menschenhändler*innen reale Stimmen und Schicksale entgegenzustellen, wie sie tausendfach in europäischen Gefängnissen zu finden sind. Gleichzeitig haben wir mit der Kampagne das Narrativ des kriminellen Schleppergeschäfts durch historische und **gesellschaftspolitische Perspektivwechsel** aufgebrochen. Am Beispiel der im 2. Weltkrieg aktiven Fluchthelferin Lisa Fittko wird deutlich, dass es immer vom politischen und gesellschaftlichen Kontext abhängt, ob Fluchthilfe als Verbrechen oder als notwendiger Akt der Solidarität gewertet wird. Den #TagDesSchmuggels feierten wir am 25. Juni 2023, dem Jahrestag der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Lisa Fittko für ihre Schmuggler*innentätigkeiten. Bei der Schmuggler*innen-Gala in Berlin ehrten wir Menschen, die heute durch ihr Handeln dazu beigetragen haben, das EU-Grenzregime zu unterlaufen. Damit hinterfragen wir kritisch: Was genau verstehen wir unter Schmuggel? Wer oder was wird kriminalisiert?



Tag des Schmuggels in Berlin





Veröffentlichungen

Im vergangenen Jahr haben wir ein systematisches Monitoring und die Dokumentation von sogenannten „Boat bzw. Car Driver“ Fällen in Italien und Griechenland durchgeführt. Ziel war es, belastbare Fakten und Zahlen zu ermitteln, um mit deren Hilfe **Öffentlichkeits- und Advocacy-Arbeit** durchzuführen. Im griechischen Kontext wurde durch die Zusammenarbeit bzw. finanzielle Förderung der Fraktion der Europäischen Grünen im Europaparlament eine umfangreiche Studie ermöglicht: >>> „Ein rechtsfreier Raum - die systematische Kriminalisierung Migrierender für das Steuern eines Bootes oder Autos nach Griechenland“. Hierfür haben wir 81 Gerichtsverfahren von 95 Menschen in Griechenland beobachtet, die des Schmuggels angeklagt wurden, Interviews mit Betroffenen geführt, Datenanfragen an die griechischen Behörden geschickt und den griechischen Rechtsrahmen analysiert. Die Ergebnisse sind schockierend: **Durchschnittlich 30 Minuten lange Verfahren münden oftmals in einer Haftstrafe von 46 Jahren.** Drittstaatsangehörige, die wegen Schmuggels in griechischen Gefängnissen sitzen, stellen mit fast 20% der gesamten Gefängnispopulation die zweitgrößte Gruppe aller Gefängnisinsassen dar.

Gemeinsam mit medico international produzierten wir zu den Ergebnissen unserer Studie eine Podcast-Folge >>> „Knast statt Asyl“. Die Studie führte auch dazu, dass das Politmagazin *Monitor* die Thematik aufgriff und gemeinsam mit uns die Folge >>> „Schleuser-Kriminalität: Die Falschen vor Gericht?“ produzierte, die im September ausgestrahlt wurde. Auf die Studie wurde auch in anderen Medien mit großer Reichweite wie der >>> *BBC* oder >>> *Die ZEIT* verwiesen. Insgesamt konnten wir im vergangenen Jahr ein wachsendes journalistisches Interesse an der Thematik im Allgemeinen feststellen.

Einzelfallunterstützung und Prozessbeobachtung

Zuletzt stand im Zentrum unserer Arbeit die konkrete Unterstützung und Öffentlichkeitsarbeit für Betroffene. Dank der Förderung von *United4Rescue* konnten wir im vergangenen Jahr viele Menschen begleiten, die wegen Schmuggel angeklagt, bereits verurteilt oder inhaftiert waren.

>>>

In unserer Außenstelle in Italien konzentrierte sich die Unterstützung hauptsächlich auf den emotionalen Beistand für Gefangene. Die Betroffenen werden über die Gefängniseinrichtung, durch **Prozessbeobachtung, unser systematisches Monitoring** sowie dank unseres Netzwerks ausfindig gemacht und per Brief kontaktiert. Der Briefwechsel ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit, da er es den Betroffenen ermöglicht, mit der Außenwelt in Kontakt zu bleiben und so ihre Isolation zu durchbrechen.



© Chris Grodotzki

„Ich wurde in dieses Verbrechen verwickelt, das ich nicht begangen habe. Ich war Opfer einer alptraumhaften Reise. Es macht mich verrückt, dass die italienische Justiz so ist.“

- aus einem Brief von einem Gefangenen

Zudem konnten wir in den letzten Monaten gemeinsam mit unseren Partner*innen vor Ort Kontakte zu Einrichtungen herstellen, die die Möglichkeit haben, Personen im Hausarrest aufzunehmen. So konnten wir einige der kriminalisierten Personen besuchen, denen diese Möglichkeit eröffnet wurde.

Darüber hinaus unterstützten wir Familienmitglieder in den Herkunftsländern, die **ohne Sprachkenntnisse und Einblick in das italienische Rechtssystem** von wichtigen Informationen ausgeschlossen bleiben und somit auf Vermittlung angewiesen sind.



Solidarität mit Homayoun

In Griechenland konnten wir im vergangenen Jahr insgesamt 25 Menschen, die wegen Schmuggel angeklagt wurden, weil sie ein Boot oder Auto gesteuert hatten, mit Rechtshilfe und Prozessbegleitung unterstützen. Dazu zählen zum Beispiel das erstinstanzliche Verfahren von >>> Homayoun Sabetara, Vater von Mahtab Sabetara, die seit einigen Monaten die >>> Öffentlichkeitskampagne **#FreeHomayoun** für ihren Vater führt. Wir wurden von Mahtab kontaktiert und um Hilfe gebeten, da wir für sie die einzige Anlaufstelle darstellten. Wir organisierten für ihren Vater einen Anwalt aus unserem Netzwerk und begleiteten sie und ihre Schwester zu den Prozessen in Thessaloniki, um mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und das Verfahren zu dokumentieren.

Des Weiteren unterstützten wir den >>> Fischer Elfallah und dessen Familie. Er und sein **15-jähriger Sohn wurden wegen Schmuggels in Griechenland angeklagt**, da sie aufgrund ihrer Erfahrungen als Fischer Aufgaben bei der Überfahrt ihres Bootes übernahmen, das von Libyen abgelegt hatte. Der Vater stand im März 2023 vor Gericht, wo er zu 280 Jahren Haft verurteilt wurde. Wir organisierten Rechtsbeistand und Unterstützung für den auf sich gestellten 15-jährigen Sohn, dessen Verfahren mit der gleichen Anklage noch aussteht.



Prozess gegen die #Paros3 auf der Insel Syros in Griechenland



>>> **Netzwerkarbeit**

In den vergangenen Monaten war die Vernetzung weiterhin ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit. In Italien setzte sich die enge Zusammenarbeit mit >>> *Arci Porco Rosso* im Projekt *Dal Mare al Carcere* fort. Gleichzeitig kam mit >>> *Maldusa* eine neue Kooperationspartnerschaft hinzu, die durch die Präsenz auf der Insel Lampedusa wertvolle Erkenntnisse liefern konnte.

Ein weiteres Beispiel stellt das **Verfahren gegen die #Paros3** dar, welche wir bereits im erstinstanzlichen Verfahren im Jahr 2022 unterstützten, indem wir Anwält*innen organisierten, auch hier den Familienmitgliedern zur Seite standen und diese zum Verfahren auf die griechische Insel Syros begleiteten. Gerade hier war unsere Prozessbegleitung unerlässlich, darunter auch Reise- und Übersetzungshilfen für Familienmitglieder, die in Deutschland und Finnland leben.

Zudem beteiligten wir uns an der Unterstützungskampagne für die >>> **#Pylos9**. Die neun Personen waren nach der verheerenden Schiffskatastrophe im Juni letzten Jahres verhaftet und **als Sündenböcke präsentiert worden**. Sie sitzen seither in Griechenland in Untersuchungshaft, ihnen drohen lange Haftstrafen.

Zudem haben wir weiterhin als Teil des >>> *Captain Support Network* mit einem transnationalen Netzwerk zusammengearbeitet. In diesem Zusammenhang lag der Fokus unserer Arbeit vor allem darin, Seenotrettungsorganisationen über Praktiken, Risiken und rechtliche Maßnahmen zu informieren. Außerdem arbeiteten wir mit einem großen Netz aus Anwält*innen, Psycholog*innen, kirchlichen Verbänden und lokalen Vereinen in Italien zusammen.

In Griechenland haben wir in Kooperation mit bestehenden Netzwerken an der Thematik gearbeitet und unser Anwält*innen-Netzwerk weiter ausgebaut. Zentrale Kooperationspartner*innen vor Ort sind das >>> *Legal Centre Lesvos* und die Gruppe >>> *Aegean Migrant Solidarity* auf Lesvos, das >>> *Human Rights Legal Project* auf Samos, sowie kleinere Lokalgruppen etwa in Thessaloniki oder Athen.

Gemeinsamer Widerstand

Die jüngsten politischen Entwicklungen zeigen, dass der Kampf gegen die Kriminalisierung von Migration ein zentraler Streitpunkt und eine entscheidende Auseinandersetzung im Widerstand gegen die sich abzeichnende autoritäre Wende bleibt.

Die Rechte der Migrant*innen sind die Rechte aller! Wir stehen in Solidarität mit den Betroffenen und kämpfen für ein Recht auf Bewegungsfreiheit und damit für die Entkriminalisierung von Flucht und Fluchthilfe.



© Chris Grodotzki

Protestaktion vor dem
Bundestag in Berlin

2. Italien und das zentrale Mittelmeer

In den 15 Jahren unserer Arbeit auf Sizilien haben wir schon viele Regierungen miterleben dürfen. Ein erster erschreckender Schritt in Richtung Abschottung war das Abkommen zwischen dem libyschen Staatschef Muammar al-Gaddafi und dem italienischen Premier Silvio Berlusconi im Jahre 2009. Doch die 18 Monate mit dem rechtsgerichteten Legisten Matteo Salvini als Innenminister haben uns endgültig die Richtung gezeigt, in die uns die italienische Migrationspolitik führt. Inzwischen hat Italien **seit mehr als einem Jahr eine postfaschistische Regierung unter Giorgia Meloni**, die sich aus *Fratelli d'Italia*, *Lega* und *Forza Italia* zusammensetzt. Um die eigenen Unzulänglichkeiten im Lande zu überspielen, wurde das Thema Migration und die Verhinderung der Ankünfte eines der wichtigsten dieser Regierung. Aufgegangen ist dieses Konzept nicht, denn es gab im Jahr 2023 weit mehr Ankünfte von Geflüchteten über See als in den Vorjahren, obwohl die Eindämmung ein Wahlversprechen der Ministerpräsidentin war. Das hinderte ihren Innenminister Matteo Piantedosi jedoch nicht daran, im Jahresresümee zu behaupten, dass ohne diese Regierung alles „noch viel schlimmer“ geworden wäre und man auf einem „guten Weg“ sei. Es stimmt, dass die Abkommen mit Libyen und Italien anscheinend hin und wieder doch greifen, doch scheint dies sehr willkürlich zu geschehen. **Im Jahr 2023 gab es sehr viele so genannte Pullbacks**, das bedeutet, viele Menschen wurden auf dem zentralen Mittelmeer abgefangen und in die nordafrikanischen Abfahrtsländer zurückgebracht, wo ihnen **Haft und Folter sowie das Aussetzen in der Wüste** drohen. Doch diese Abkommen werden Menschen nicht daran hindern, zu migrieren. Auch 2024 werden sie versuchen, die italienischen Küsten zu erreichen. Wir werden hier sein.

Natürlich ist das Monitoring der Situation an der **EU-Außengrenze in Italien** ohne ein Netzwerk nicht möglich. Eine enge Zusammenarbeit fand 2023 zum Beispiel mit dem *Arci Porco Rosso* statt. Gemeinsam führten wir ein Monitoringprojekt durch, das von der evangelischen Kirche im Rheinland dankenswerterweise auch in diesem Jahr unterstützt wurde. In diesem politischen Klima, das uns ja inzwischen auch in anderen europäischen Ländern eingeholt hat, verschlechtert sich die Situation der Geflüchteten zusehends. Wir tauschten mit dem *Arci Porco Rosso* regelmäßig Erfahrungen zur Situation von Migrant*innen aus und veröffentlichten Texte zu diversen Problematiken, um den Blick für diese zu schärfen.

In der Beratung des *Arci Porco Rosso* geht es nicht nur um Fragen des Aufenthaltes, sondern auch um die grundlegendsten und wichtigsten Fragen des täglichen Lebens: Wie komme ich an eine Wohnung? Wie kann ich ein Konto eröffnen? Was bedeutet dieses neue Gesetz für mein Leben hier? In >>> elf Artikeln beschrieben wir diese Probleme, berichteten aber auch über die **Abschiebungshaft und die Probleme der im italienischen Strafvollzug sitzenden Migrant*innen**.

Seit dem Frühjahr 2023 arbeitet *borderline-europe* mit dem zuvor erwähnten Verein >>> *Maldusa* zusammen. Vor allem aufgrund ihrer Außenstelle auf Lampedusa ist *Maldusa* ein wichtiger Ansprechpartner für das **Monitoring der Erstkünfte**. *Maldusa* ist zudem ein Ort, an dem sich viele Gruppen treffen, was einen breiten Austausch zur Situation von Migrant*innen in Sizilien und Italien gewährleistet. Im Oktober hat *borderline-europe* Palermo an einem Aktivist*innen-Meeting, das von *Maldusa* und dem >>> *Alarm Phone* auf Lampedusa organisiert wurde, teilgenommen und Inputs zur Situation der Geflüchteten auf Sizilien gegeben. Aus diesem Treffen ist eine Arbeitsgruppe zum **Monitoring (geschlossener) Aufnahme- und Abschiebezentren** entstanden, die sich ab 2024 regelmäßig treffen wird. Als Abschluss des Treffens haben wir gemeinsam eine öffentliche „commemoraction“ zum **10-jährigen Jahrestag des Unglücks vom 11. Oktober 2013**, bei dem über 250 Menschen ihr Leben verloren, auf Lampedusa organisiert.



Grabstein auf dem
Friedhof in Lampedusa

>>>

Ein weiterer Verein, der mit *borderline-europe* zusammenarbeitet, ist >>> *MemMed – Memoria Mediterranea*. Das Hauptaugenmerk des Vereins gilt der Identifizierung von toten Migrant*innen und der Suche nach Vermissten. In diesem Bereich weist auch *borderline-europe* durch die Unglücke 2009 und am 3. Oktober 2013 langjährige Erfahrungen auf. Gemeinsam haben wir nach dem Schiffsunglück von Cutro (Kalabrien) vom 26. Februar 2023 mit über 90 Toten an einer landesweiten Demonstration in Crotone teilgenommen.

Mit dem seit 2009 bestehenden >>> *Antirassistischen Forum Palermo* haben wir am 2. November eine **gemeinsame Gedenkveranstaltung** für auf dem Friedhof Palermo begrabene, verstorbene Migrant*innen organisiert. Die dortigen Gräber sind als solche kaum noch zu erkennen und es gibt keine Möglichkeit mehr, zu identifizieren, wer dort begraben ist und somit auch keinerlei Sicherheit für viele Familien, ob ihre Lieben umgekommen sind oder nicht.

Eine enge Zusammenarbeit besteht zudem mit dem *Alarm Phone*, das *borderline-europe* mitgegründet hat. Auch in Palermo besteht eine kleine *Alarm Phone* Gruppe. Im Frühjahr 2023 entstand ein >>> *Video zur Arbeit des Alarm Phones* (in italienischer Sprache) im Rahmen des Projektes *Nuovo Cinema Coraggioso* (dt.: neues mutiges Kino). Schüler*innen eines Gymnasiums aus der Provinz Palermo stellten sieben Fragen zur Arbeit, die die Palermo-Gruppe beantwortete.

Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist seit Jahren, das deutsch- und englischsprachige Publikum über die Migrationspolitik in Italien zu informieren. Neben der Dokumentation aktueller Migrationspolitiken in Italien und der EU war auch die sich immer weiter verschlechternde Situation in den Aufnahmezentren sowie den Abschiebungshaftanstalten in Italien immer wieder Thema, das in unserem alle zwei Wochen erscheinenden Newsletter >>> *Scirocco* behandelt wurde. Im Jahr 2023 erschienen zudem **zwei Schwerpunktmagazine**, unsere Streiflichter, mit den Titeln >>> *Nicht-Orte* und >>> *Zonen der Rechtlosigkeit*, in denen wir diese Themen vertiefen.

>>>

>>> Von Februar bis September 2023 arbeitete Ludovica Gualandi als Freiwillige für *borderline-europe* in Tunesien. Italien schiebt seit Jahren aufgrund schon länger bestehender Verträge regelmäßig Tunesier*innen in ihr Herkunftsland ab. Gleichzeitig leben und warten dort auch viele Migrant*innen aus anderen Ländern auf eine Möglichkeit der Überfahrt. Seit der **rasistischen Hetzrede des tunesischen Staatspräsidenten** Kaïs Saïed Anfang des Jahres ist ein Leben in Tunesien für sie sehr schwierig geworden. In >>> vier Artikeln ihres Tunesischen Tagebuchs berichtet Gualandi über die Auswirkungen der tunesischen Migrationspolitik vor Ort.

Einmal im Monat erscheint zudem unsere >>> *Central Med Info*, die das Geschehen auf dem zentralen Mittelmeer beleuchtet. Die Informationen für unsere *Central Med Info* sind das Resultat einer ständigen Beobachtung der Außengrenzsituation auf See. **Monatlich berichten wir darüber, wie viele Menschen über das zentrale Mittelmeer in Italien angekommen sind**, wo die Menschen abfahren und wie sich die Situation in den Abfahrtsländern entwickelt. Wir veröffentlichen außerdem, wie viele Menschen bei dem Versuch nach Italien zu kommen, gestorben sind oder als vermisst gelten und wie viele Menschen gewaltvoll daran gehindert wurden, Europa zu erreichen und Opfer von sogenannte Interceptions und Pullbacks wurden.



borderline-europe Palermo hat zudem im Jahr 2023 mit Hilfe der freien Redakteurin Joanna Wiseman eine fünfteilige >>> Podcastreihe über unsere Arbeit auf Sizilien herausgegeben. **Viele Akteur*innen aus Palermo haben zu den Podcasts beigetragen**. Dies zeigt, dass die Arbeit von *borderline-europe* in einem Netzwerk stattfindet. Die Episoden sind auf allen größeren Podcastplattformen sowie auf unserer Homepage zu finden.

- >>> Regelmäßig wird *borderline-europe* gebeten, sein Wissen auch persönlich an Interessierte weiterzugeben. So wurden 2023 Vorträge und Gespräche organisiert, u. a. mit dem norwegischen Konsul in Palermo, einer Gruppe von Studierenden von der *Northeastern University* in Boston (USA) sowie mit Teilnehmenden von diversen Bildungsreisen.

Die Arbeit unseres Büros in Palermo wurde im Jahr 2023 dankenswerterweise von der >>> Evangelischen Kirche im Rheinland und >>> Pro Asyl unterstützt.

„Abschiebehaft = Folter“

Schriftzug am Hafens
von Palermo





3. Externalisierung der Außengrenzen

Von Karthoum nach Berlin und in diesem Jahr zurück nach Karthoum. Zwei Mitarbeiterinnen des >>> *African Center for Justice and Peace Studies (ACJPS)* waren 2022 für ein halbes Jahr im Berliner Büro. Ergebnis ist das Projekt „**Sudan – Schutz vor Verschwindenlassen**“, das über das ZIVIK Förderprogramm finanziert wurde. Das ACJPS bat um Unterstützung beim Aufbau einer digitalen Datenbank und der Erarbeitung einer Gesetzesvorlage, die erzwungenes Verschwindenlassen unter Strafe stellt. Sudan hat nach der Revolution die **Internationale Konvention gegen das Verschwindenlassen** unterschrieben und ratifiziert, dieser aber noch nicht in die nationale Gesetzgebung überführt.

Kaum waren die ersten Schritte zur Umsetzung in die Wege geleitet, brach im Sudan ein Krieg aus. Bis zum 19. Dezember 2023 wurden mindestens **12.000 Menschen getötet und 33.000 weitere verletzt**. Mehr als 800 Fälle von gewaltsamen Verschwindenlassen wurden dokumentiert. Anfang Januar galten **7,5 Millionen Sudanese*innen** als Vertriebene, davon waren 1,5 Millionen Menschen ins Ausland geflohen. Etwa zwei Prozent der Vertriebenen sind Migrant*innen, eine vulnerable und vergessene Gruppe in diesem ohnehin vergessenen Krieg.

Zu den Vertriebenen gehören auch die Mitarbeiter*innen von ACJPS, die nun von Uganda, den Niederlanden und Deutschland aus arbeiten müssen. **Die Täter*innen müssen zur Rechenschaft gezogen werden**, daher ist es jetzt umso wichtiger, die Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren. Gemeinsam mit Mitarbeiter*innen von ACJPS haben wir an der Jahressitzung des UN Komitees gegen das Verschwindenlassen und des Menschenrechtsrates in Genf teilgenommen. Bei dieser Sitzung wurde eine ‚Fact Finding Mission‘ im Sudan beschlossen; ein erster Schritt, um die Täter*innen zur Verantwortung zu ziehen.

4. Schutz für Menschenrechtsaktivist*innen

Seit 2021 hostet *borderline-europe* Menschenrechtsaktivist*innen im Rahmen des Schutzprogramms der >>> *Elisabeth-Selbert-Initiative*. Im letzten Jahr waren eine Journalistin und Menschenrechtsaktivistin aus Ägypten sowie mehrere Aktivist*innen aus Afghanistan zu Gast bei *borderline-europe*. Aus der Zusammenarbeit ist ein neues Projekt in Ägypten entstanden: **„Listen up!“** Unter dem Motto „Du hast eine Stimme, du bist nicht allein“ wurde ein Unterstützungsprojekt für migrantische Frauen sowie Angehörige von Minderheiten in Ägypten angeschoben, das 2024 umgesetzt wird. Neben Nothilfe und Rechtsberatung wird es eine Social Media Kampagne gegen rassistische Diskriminierung geben.



© piqsels



© Selena Magnolia

Zelt der Theaterkaravane

5. La Nomad House Project

borderline-europe traut sich in neue Gefilde. 2024 wird es bunt, kreativ und aufregend: Wir sind Teil eines EU-Projektes, welches das >>> Ensemble *Les Nouveaux Disparus* aus Belgien initiiert hat. Das „Nomad House“ ist ein internationales Kulturprojekt, das im Rahmen des Programms *Europe Creative* in Partnerschaft mit Organisationen aus sechs Ländern (Belgien, Frankreich, Tunesien, Griechenland, Italien und Deutschland) durchgeführt wird. Seit 2023 laufen die Vorbereitungen, **Anfang Mai 2024 kommt die Karawane zu uns** und wird im Lustgarten Potsdam ihre Zelte aufschlagen. Künstlerisch-kulturell werden Migrationsgeschichten erzählt, die Vorurteile hinterfragen und Anregung zu einer integrativeren Gesellschaft geben sollen. Es wird einen Marktplatz mit Initiativen sowie eine **Konferenz zur GEAS, Bewegungsfreiheit und dem Rechtsruck** geben. In diesem Jahr sind wir zu den Vorbereitungsworkshops nach Paris, Sousse, Thessaloniki und Brüssel gereist. Es sind großartige Fotos entstanden, die im Mai im Lustgarten als Ausstellung gezeigt werden.

6. Unsere Partner*in auf Lesbos

Die Situation auf Lesbos

Seit nun acht Jahren sind wir als Außenstelle *borderline-lesvos* vor Ort. Die Ankünfte von Geflüchteten in Griechenland sind im zweiten Halbjahr 2023 wieder stark gestiegen. Im September allein kamen 4.000 Menschen auf Lesbos an. Insgesamt waren es im Jahr 2023 in ganz Griechenland 41.561 Geflüchtete, die über den Seeweg kamen, davon kamen mehr als 13.000 auf Lesbos an. Aufgrund der **anhaltenden Pushback-Strategie Griechenlands** war dieses Jahr eines der tödlichsten seit 2015 in Griechenland. Offiziell wurden 710 Tote oder Vermissten auf der Route Türkei - Griechenland registriert. Die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher sein.

Der anhaltende mangelnde Wille der europäischen Regierungen, angemessene Lebensbedingungen für Geflüchtete vor Ort zu gewährleisten, und stattdessen lieber **Geld in die Grenzsicherung zu pumpen**, macht das Lager Mavrouni auf Lesbos einmal mehr zu einem unmenschlichen Ort. Insbesondere für diejenigen Personen, die als „außerhalb des Asylverfahrens“ gelten, also entweder eine Ablehnung oder eine Anerkennung ihres Asylantrags haben, ist die Lage verheerend. Für sie gibt es **keine Nahrungsmittelversorgung** und ihnen werden nur provisorische Unterkünfte zur Verfügung gestellt. Im Dezember 2023 lebten insgesamt fast **6.000 Menschen im Camp Mavrovouni**, davon 35% Kinder. Mindestens 600 Menschen unter ihnen wurden in sog. Rubhalls (große Zelte) untergebracht, belegt mit jeweils 150 Personen, ohne Heizung, fließendes Wasser und Zugang zu Strom (außer Licht), oft ohne Bodenplanen oder Matratzen. Auch die anderen „Refugee Housing Units“ (Plastikhäuschen) waren größtenteils ohne Heizungsmöglichkeiten und bis zu drei Familien mussten sich die Wohneinheiten mit nur 17,25 m² teilen. Die sanitären Anlagen verfügen nicht über heißes Wasser und sind oft kaputt. Ende 2023 lebten 1.000 Kinder im schulpflichtigen Alter im Camp, und nur 200 hatten **Zugang zu öffentlichen Schulen**.





“Rubhall” in Mavrovo

Viele Asylsuchende bleiben bis zu einem Jahr oder gar länger auf Lesbos. Ihre Asylanträge werden mit der Begründung, dass die Türkei ein „sicherer Drittstaat“ sei, über den sie eingereist sind, abgelehnt. Darüber hinaus gibt es Geflüchtete, die gut integriert sind und mehr als sechs Monate auf eine Erneuerung ihrer Aufenthaltserlaubnis in Griechenland warten müssen. Dies führt u.a. dazu, dass sie ihren Job verlieren und nicht reisen können.

Unsere Arbeit vor Ort

Unsere Hauptanlaufstelle, das >>> *Welcome Office* in Mytilini hatte im Jahr 2023 4.246 Besucher*innen. Die meisten von ihnen kamen aus Eritrea, Afghanistan, Sudan, Sierra Leone, D.R. Kongo und Syrien. Migrant*innen besuchen das Büro hauptsächlich für Hilfe bei der Registrierung im Finanzamt. Diese brauchen sie, um einen Arbeitsvertrag abzuschließen oder eine Wohnung mieten zu können. Außerdem kommen Besucher*innen für Fragen bezüglich Sozialversicherung, Verlängerung des Aufenthaltstitels oder Arbeitslosmeldung. Das Team bekommt zudem **viele Anfragen für Wohnungen und finanzielle Unterstützung.**

Wir konnten unser **Wohnungsprojekt** mit anfänglich sechs Wohnungen innerhalb eines Jahres auf **13 Wohnungen** ausbauen. Diese sind für besonders schutzbedürftige Menschen, darunter vor allem Kinder unter sechs Jahren, alleinstehende Frauen und auch LGBTIQ+ Geflüchtete gedacht. 2023 konnten wir insgesamt 148 Personen in unseren Wohnungen willkommen heißen, darunter 32 Frauen und 76 Kinder. Wir konnten würdigen Wohnraum für 26 Familien in zehn Wohnungen bereitstellen.

>>>

Zwölf Personen konnten in der Wohngemeinschaft für queere Geflüchtete unterkommen und drei alleinstehende Frauen in der Ende Dezember eröffneten WG für Frauen. Durchschnittlich verbrachten die Menschen vier bis fünf Monate in unseren Wohnungen. Gedacht sind die Unterbringungen für die vielen, mindestens sechs Monate oder länger im Camp lebenden Menschen, die zunächst keine Aussicht auf eine Weiterreise haben, da sie im **rechtlichen Limbo der Grenzverfahren festsitzen**, darunter zum Beispiel eine Familie aus Somalia, die bereits drei Jahre in den Camps von Lesbos lebte.

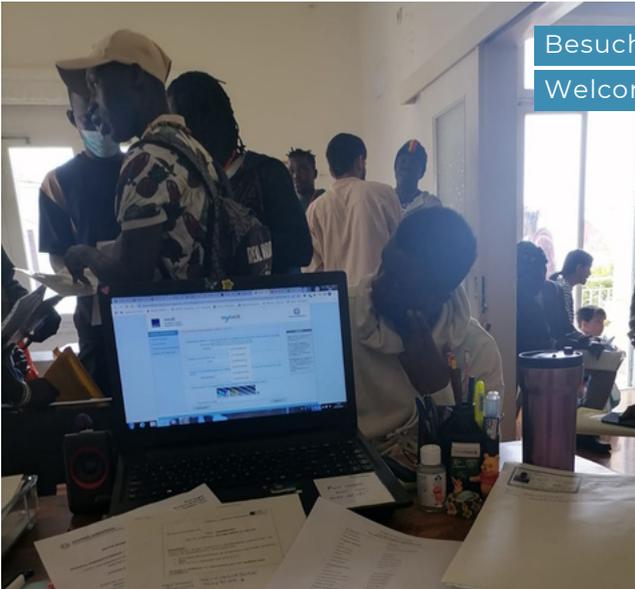
Des Weiteren unterstützen wir vor Ort sieben selbstorganisierte Projekte von Geflüchteten und sonstige Initiativen. Das sind Gruppen, die vor Ort Vieles leisten und uns als Dachorganisation benötigen. Dazu zählen eine lokale Essensverteilung (>>> *No Border Kitchen*), ein Frauenkollektiv (>>> *Women in Solidarity House*), die >>> *Lesvos LGBTIQ+ Refugee Solidarity Gruppe* und eine lokale >>> *Radiostation VC Mytilini*, die regelmäßig Workshops veranstaltet und Podcasts veröffentlicht.

Unseren ausführlichen Jahresbericht findet ihr >>> [hier](#).

Des Weiteren möchten wir Euch mitteilen, dass sich unser Schwesternverein *borderline-lesvos* Ende des Jahres 2023 aufgelöst hat und die Projekte nun von einem neuen lokalen Verein, der aus dem Team des *Welcome Office* entstanden ist, weitergeführt werden. Der Name des neuen Vereins lautet **„Welcome Office Lesbos AMKE – Supporting and Integrating Refugees and Migrants in Lesbos – Civil Non Profit Company“**.

Wir werden weiter Kooperationspartner*in von *borderline-europe* vor Ort bleiben und in regem Austausch und Kontakt miteinander stehen. Mehr über den neuen Verein findet ihr hier: www.welcomeofficelesvos.org

Besucher*innen unseres
Welcome Offices



Beratungsgespräch
mit einer Mitarbeiterin



7. Netzwerkarbeit

Protestcamp „Stop Abschiebezentrum BER“

Systemkampf in Schönefeld: Über 2.000 Aktivist*innen protestierten gegen das geplante Ausreisezentrum am Flughafen Berlin-Brandenburg.

Die Bundesregierung plant, das **Terminal 5 des Flughafens Berlin-Brandenburg (BER) ab 2025 in ein Massenabschiebezentrum umzubauen**. Gegen dieses Vorhaben hat sich die Initiative „Abschiebezentrum BER verhindern“ gegründet, in der auch borderline-europe beteiligt ist. Im Juni 2023 kamen über 2.000 Aktivist*innen zusammen, um im Rahmen eines **Protestcamps am BER** über die Abschiebep Praxis und ihre Folgen aufzuklären, gemeinsamen Widerstand zu organisieren und ihren Protest in die Öffentlichkeit zu tragen. Ziel des Protestcamps war dabei nicht nur konkret, den Bau des Abschiebezentrums zu verhindern, sondern einen **Systemwandel zu erkämpfen**, der die Abschaffung der ganzen Abschiebeindustrie impliziert sowie Bewegungsfreiheit und soziale und politische Rechte für alle ermöglicht!

Protestbanner

gegen den Bau des
Abschiebezentrums in Berlin





Filmvorführung von
„The Game“ in Berlin

Filmscreening „The Game. Spiel zwischen Leben und Tod“

Gemeinsam mit >>> *Medical Volunteers International* haben wir im Mai 2023 eine Vorführung des Films „**The Game: Spiel zwischen Leben und Tod**“ mit anschließender Diskussion über die Situation an der bosnisch-kroatischen EU-Grenze iorganisiert.

37 „Games“, das sind 37 Versuche, über die bosnische Grenze in die EU zu fliehen. Die Regisseurin Manuela Federl dokumentiert in ihrem Film, wie zahlreiche Menschen im tiefsten Winter 2020 den gefährlichen Weg über die sogenannte Balkanroute auf sich nehmen. Die Bilder zeigen, unter welchen Bedingungen die Geflüchteten leben müssen; sie veranschaulichen die **Gewalt der Grenzpolizei**, porträtieren Hilfsorganisationen und skandalisieren die Politik, die dahinter steht.

Viel hat sich seit 2020 geändert. Doch einiges bleibt immer gleich: Menschen fliehen, während nationale und europäische Grenzpolizeien **Geflüchtete illegal und gewaltvoll zurückweisen**. Wie die aktuelle Lage politisch einzuordnen ist und wie sich Menschen organisieren, um praktische Hilfe zu leisten, darüber berichteten die Journalistin, Nidžara Ahmetašević sowie Vertreter*innen von *Medical Volunteers International* und >>> *Wir packen's an* im Anschluss an die Filmvorführung.

>>>

Spenden und Mitmachen

Widerstand ist möglich! Aktiv handeln, jetzt!

Beteilige dich an Kampagnen und Aktionen oder rufe diese selbst ins Leben! Besuche und organisiere Informationsveranstaltungen! Werde durch Vorträge und Gespräche als Multiplikator*in tätig! Unterstütze Menschen, die neu ankommen, direkt und solidarisch! Mach bei uns mit! Auf unserer Webseite findest du Informationen über ehrenamtliche Mitarbeit und Praktikumsmöglichkeiten in unseren Büros in Berlin und Palermo. Wenn du selbst an deinem Ort eine Veranstaltung organisieren möchtest, stehen wir gerne als Referent*innen zur Verfügung.

Bleibt kritisch und aktiv!

borderline-europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V. gibt es inzwischen seit 15 Jahren. Darin stecken viel Energie und der starke Wille, eine kritische Stimme im öffentlichen sowie politischen Diskurs um Migration und Flucht zu vertreten. Indem wir die Situation an den Außengrenzen und innerhalb Europas verfolgen und anprangern, schaffen wir Transparenz und Öffentlichkeit für die migrationspolitischen Missstände der Europäischen Union.

Unsere Arbeit ist sehr vielfältig und fordert eine Kontinuität unseres erfahrenen Teams. All unsere Aktivitäten werden durch Spenden finanziert und können nur so weitergeführt werden.

Unterstütze borderline-europe!

Mit eurer Unterstützung werden wir weiterhin gegen das Sterben an den Außengrenzen vorgehen! Mit eurer Unterstützung wird es weiterhin ein Monitoring und Projekte an den Außengrenzen des europäischen Grenzregimes geben, die die aktuellen Zustände sichtbar machen! Mit eurer Unterstützung werden wir weiterhin den notwendigen transnationalen Austausch mit anderen kritischen Initiativen und NGOs vorantreiben!

Unterstütze unsere Arbeit durch eine Spende

oder werde Fördermitglied!

JEDE SPENDE HILFT!

borderline-europe e.V.

GLS Bank, Bochum

Konto-Nr 4005794100

BLZ 43060967

IBAN DE11 4306 0967 4005 7941

00 BIC GENODEM1GLS (Bochum)

Liste unserer Partner*innen und Netzwerke

Aegean Migrant Solidarity

<https://www.cpt.org/programs/lesvos>

Africa Center for Justice and

Peace Research

<https://www.acjps.org>

Afrique Europe Interact <https://afrique-europe-interact.net/>

Alarm Phone

<https://alarmphone.org/de/>

Alarm Phone Sahara

<https://alarmphonesahara.info/en/>

Alibi - Zentrum für Soziales und Kunst

<https://alibi-essen.de/>

Antirassistisches Forum in Palermo

<https://www.facebook.com/ForumAntirazzistaPalermo>

Apuleius Foundation

<https://www.facebook.com/Apuleius.foundation>

Arci Porco Rosso

<https://arciporcorosso.it/>

Arbeitskreis Asyl, Göttingen <https://papiere-fuer-alle.org/ak-asyl>

Asyl in Not

<https://www.asyl-in-not.org>

Bahnhof Langendreer <https://bahnhof-langendreer.de/>

Bawarder Foundation

<https://www.facebook.com/bawader>

Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung

<https://www.bildungswerk-boell.de>

Bordermonitoring.eu

<https://bordermonitoring.eu/>

Captain Support Project

<https://www.facebook.com/CaptainSupportLegalAid/>

Corasol

<http://corasol.blogspot.de/>

Deportation Monitoring Aegean <https://dm-aegean.bordermonitoring.eu/>

Dunya Collective

<https://www.dunyacollective.org>

EKIR - Evangelische Kirche im Rheinland

<https://www2.ekir.de/>

European Centre for Constitutional and Human Rights

<https://www.ecchr.eu/>

European Democratic Lawyers

<http://www.aeud.org/>

Equal Rights Beyond Borders <https://equal-rights.org/>

Familienleben für alle!

<https://familienlebenfueralle.net/>

Flüchtlingsrat Berlin <https://fluechtlingsrat-berlin.de/>

Forum Antirazzista Palermo

<https://www.facebook.com/ForumAntirazzistaPalermo/>

Gatroom Human Rights Centre

<https://www.facebook.com/gatroom.rights>

Grenzgänger e.V.

<http://grenzgaenger-berlin.de/berlin>

HuBB - Humans Before Borders

<https://www.instagram.com/humansbeforeborders/>

Human Rights Legal Project Samos

keine Website

Initiative gegen das EU-Grenzregime

<http://wirsindwuetend.blogspot.eu/>

ifa -Institut für Auslandsbeziehungen

<https://www.ifa.de>

IPPNW

<https://www.ippnw.de/startseite.html>

Iuventa10 / Solidarity at Sea

<https://iuventa10.org/>

Klikaktiv

<https://klikaktiv.org/>

Kritnet

<http://kritnet.org/>

La Kasbah

<https://lakasbah.org/category/news/>

La Nomad House Project

<https://lanomadhouse.com/en/project/>

Legal Centre Lesbos

<https://legalcentrelesvos.org/>

Maldusa

<https://www.maldusa.org>

Medical Volunteers International

<https://medical-volunteers.org/de/>

Mediterranea

<https://mediterranearescue.org/>

Mem.Med (MemoriaMediterranea)

<https://www.facebook.com/MM.Mem.Med>

Migration Policy Group

<https://www.migpolgroup.com/>

Migreurop

www.migreurop.org/

No Nation Truck

<https://nonationtruck.org/>

Pro Asyl

<https://www.proasyl.de/>

Radio Koode International

<https://koode.net>

Rosa-Luxemburg-Stiftung

<https://www.rosalux.de/>

SAROBMED

<https://sarobmed.org/>

Sea-Watch

<https://sea-watch.org/>

Seebrücke

<https://seebruecke.org/>

Solidarity Cities

<https://solidaritycities.eu/>

SOS Mediterranée

<https://sosmediterranee.de/>

Stiftung Nord-Süd-Brücken

<https://nord-sued-bruecken.de/>

Stop Deportation Centre BER

<https://abschiebezentrumsverhindern.no-blogs.org/>

Subjective Values Foundation

<https://szubjektiv.org/>

TNI Transnational Institute

<https://www.tni.org/en>

United4Rescue

<https://united4rescue.org>

Unteilbar

<https://www.unteilbar.org/>

Subjective Values Foundation

<https://szubjektiv.org/>

We are a welcoming Europe

<https://www.facebook.com/Welcoming-Europe/>

Welcome United

<https://www.welcome-united.org/>

Wir packen's an e.V.

<https://wir-packens-an.info>

Women in Exile

<https://www.women-in-exile.net/>

You Can't Evict Solidarity

<https://cantevictsolidarity.noblogs.org/>

Impressum und Kontakt

borderline-europe Jahresbericht 2022

Beiträge von:

Alice Kleinschmidt, Andrea Staeritz, Emma Neuber, Judith Gleitze, Josephine Fahr, Kristina Di Bella, Lisa Vierheilig

Redaktion: Kristina Di Bella
Lektorat: Pia Schupp, Imke Behrends

1. Auflage, März 2024

Kontakt

Hauptsitz Berlin

Gneisenastr. 2a, 10961
Berlin

+49 (0)30 23880311

mail@borderline-europe.de

Italien, Außenstelle:

Sizilien/Palermo

M +39 340 980 21 96

italia@borderline-europe.de

borderline-lesvos

Griechenland, Lesvos/Mytilini

Alice Kleinschmidt

M +30 698 872 49 82

protistassi@borderline-europe.de

Bildrechte

borderline-europe,
Creative Commons BY-NC-ND 4.0
(falls nicht anders gekennzeichnet)

Gestaltung

Kristina Di Bella

Cover Foto

© Jasper Holl

Vorstand

Andrea Staeritz

Sara Bellezza

Harald Glöde

Eingetragen im

Vereinsregister

beim Amtsgericht Berlin

Spendenkonto

GLS Bank, Bochum

Kto.-Nr.: 400 579 4100

BLZ: 430 609 67

www.borderline-europe.de



Twitter BorderlineEurop



Facebook borderlineeurope



Instagram borderline_europe

www.borderline-europe.de

